

**Thesenpapier zur Sitzung der Enquete-Kommission  
„Globalisierung der Wirtschaft - Herausforderungen und Antworten“  
des Deutschen Bundestages am 5. März 2001  
- öffentliche Anhörung: „Zukunft der Arbeit - Europa im globalen Wandel“ -**

- I. **Die Arbeitsmarktanalyse des IAB zeigt die Entwicklungen des Arbeitskräfteangebots und der Arbeitskräftenachfrage, den Wandel der Erwerbsformen und weist richtig auf die Einflussfaktoren sowie Herausforderungen des strukturellen wie demografischen Wandels hin.** Die zukünftige Entwicklung wird danach durch neue Technologien sowie durch die Ökologisierung und Globalisierung des Wirtschaftens geprägt sein.

**Die demographische Entwicklung führt - verschärft durch ungünstiges Ausbildungsverhalten - zu wirtschaftszweigspezifischen und regionalen Qualifikationsengpässen auf dem Arbeitsmarkt.** Dies gilt nicht nur national sondern auch europaweit. Die Diskrepanz (Mismatch) zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage sowie die anhaltenden regionalen Disparitäten gefährden mittel- und langfristig die gegenwärtig positive Entwicklung unseres Wirtschaftswachstums.

- II. **Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats in Lissabon besteht die strategische Herausforderung in der Realisierung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums (3%), das zur Vollbeschäftigung und zur sozialen Integration beiträgt.** Ausgehend von den Herausforderungen der Globalisierung und einer neuen wissensbasierten Wirtschaft muss sich die Europäische Union „auf ein ambitioniertes Programm für den Aufbau von Wissensinfrastrukturen, die Förderung von Innovation und Wirtschaftsreform und die Modernisierung der Sozialschutz- und Bildungssysteme einigen. ... Die Union muss diese Veränderungen so gestalten, dass sie ihren Wertvorstellungen und ihrem Gesellschaftsmodell entsprechen und auch der bevorstehenden Erweiterung Rechnung tragen“ (vgl. Schlussfolgerungen des ER Lissabon, Anlage 1).
- Neben der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, geht es um eine Politik der sozialen Integration, um einen integrativen Ansatz der Wachstumspolitik. Arbeitsmarktverschiebungen in Richtung höherer Qualifikationen und Wegrationalisierung

von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte erfordern deshalb auch Chancengleichheit durch Bildung für alle.

III. **Wachstumspolitik bedeutet neben einer intelligenten Ressourcenkombination insbesondere die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen, um den großartigen Chancen der Wissensgesellschaft zu begegnen.** Herausragende Beispiele sind die Entwicklungen im Bereich der Biotechnologie und die mit der Internet-Nutzung verbundene Ausbreitung von E-business/E-commerce, das durch die neuen Distributionskanäle zu einer bisher ungeahnten, umfassenden Veränderung der Wirtschaft führt.

- Die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien durchdringt unsere Gesellschaft in allen Bereichen. Sie hat damit auch eine kulturelle Dimension. Hier müssen wir insbesondere auf die Jugend setzen.
- Zentrales Postulat ist eine vermehrte Flexibilität der Menschen und Organisationen - auch über Grenzen hinweg: Ziel muss es sein, das kontinuierliche Lernen von Menschen und Organisationen zu fördern (z.B. kundenorientierte Arbeitsorganisation und Arbeitszeitkonten für Weiterbildung). Dabei kommt der Tarifpolitik der Sozialpartner eine zunehmend größere Bedeutung zu.
- Der Trend zu höheren Qualifikationsanforderungen ist branchenübergreifend und altersunabhängig. Höherqualifizierung in der Breite ist zur Ausschöpfung aller Beschäftigungschancen unabdingbar. Bildung und Qualifizierung gewinnen deshalb für den Einzelnen und das Beschäftigungssystem zur Bewältigung der aktuellen und zukünftigen Anforderungen weiter an Bedeutung (vgl. auch den Beitrag des BMBF zur Anhörung).
- Wegen der rasanten technologischen Entwicklung einerseits und der demografischen Entwicklung andererseits kommt dem lebensbegleitenden Lernen eine strategische Bedeutung zu. Bei der Weiterbildung ist über die jeweilige Rolle und Verantwortung des Staates, der Unternehmen, der Sozialpartner und der einzelnen Individuen neu nachzudenken. Fragen der Finanzierung, der Qualitätssicherung (für die Arbeitgeber) sowie der Zertifizierung (für die Arbeitnehmer) müssen angesichts der Herausforderungen von Globalisierung und Wissensgesellschaft neu beantwortet werden.

IV. **Angesichts zukünftiger qualifikatorischer und regionaler Arbeitsmarktengpässe wird das Mobilitäts- und Migrationsproblem im demografisch älter werdenden Deutschland und Europa spätestens in 10 Jahren zu einer großen Herausforderung.**

So falsch es wäre die derzeitige Lage zu dramatisieren so verantwortungslos wäre es die mittelfristigen Engpassprobleme zu vernachlässigen. Hierbei sollte eine abgestufte Prozedur ins Auge gefasst werden: Zunächst sollten die inländischen - und EU - Humanressourcen mobilisiert werden. Wir begrüßen die Vorschläge zur Förderung der Mobilitätsbereitschaft, die die Kommission in Vorbereitung auf den Europäischen Rat in Stockholm gemacht hat. Dabei geht es um den weiteren Abbau bürokratischer Hemmnisse, z.B. durch gegenseitige Anrechnung von Qualifikationen. Zur Begegnung der dynamischen Arbeitswelt sind u.a. durchlässige und flexible Bildungswege mit einer Vielfalt von Bildungsoptionen Voraussetzung. Der nächste Schritt ist die schrittweise Öffnung des EU-Arbeitsmarktes für die Beitrittsländer, insbesondere aus Osteuropa (vgl. Anlage 2). Die Migration aus Drittstaaten (ohne Beitrittsstaaten) sollte deshalb eine nachrangige Priorität erhalten.

V. **Die Sozialpolitik muss neben der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik als gleichgewichtiger Faktor des notwendigen Policy-Mixes gewertet.**

Nur wenn alle drei Bereiche zusammenwirken, können hohes Wachstum, Vollbeschäftigung, hohe Beschäftigungsquoten für Männer und Frauen sowie ältere Menschen, der Übergang zur Wissensgesellschaft, hohe Qualifikationen und die soziale Einbeziehung aller Bürger erreicht werden, kurz: Europa zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt gemacht werden.

Für die Sozialpolitik bedeutet dies u.a., dass ihre Funktion als Produktivfaktor und nicht als Kostenfaktor in den Vordergrund treten muss. Soziale Sicherheit sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Frieden und damit die Produktivität der Arbeitnehmer. Ohne soziale Sicherheit sind die Menschen kaum bereit, die Herausforderung von wirtschaftlichen Wandel und Strukturreformen auf sich zu nehmen und mitzugestalten. Schwerpunkt muss die aktivierende Sozialpolitik sein. Hierzu gehört auch die Modernisierung der Sozialschutzsysteme. Sozialpolitik muss vor allem zu mehr Beschäftigung beitragen.

VI. **Der wichtigste Produktivfaktor Europas ist das Wissen. Es gilt deshalb alle verfügbaren Ressourcen zu aktivieren, um den Wissenszugang zu erleichtern und die Flexibilitätsbereitschaft, Eigenverantwortlichkeit und Kreativität der Menschen zu fördern. Nur so wird sich Europa in einer sich globalisierenden Welt auch als soziales Europa wirtschaftlich behaupten können.**